

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/74

Hannover, 12.9.1947
Telefon: 20951/52

Viel geschmähte Parteipresse

Seit längerem sind Bestrebungen in der amerikanischen Zone im Gange, die Regel der sogenannten überparteilichen Zeitungen durch häufigere Ausnahmen parteigebundener Blätter zu durchbrechen. Gleichzeitig machen sich in der britischen Zone, in der die Parteizeitungen vorherrschen, seit kurzer Zeit Tendenzen zur Verstärkung der an keine Partei gebundenen Zeitungen bemerkbar. Der Widerspruch, der in diesen beiden entgegengesetzt verlaufenen Kurven liegt, ist nur scheinbar. Tatsächlich handelt es sich um eine gleichgerichtete Entwicklung, die nämlich nach einem Nebeneinander beider Zeitungstypen.

Ohne Zweifel ist es so, daß der politisch aktivere, lebhafter interessierte Teil der Bevölkerung die politische, der übrige, ziffernmäßig vielleicht stärkere Teil, die sogenannte unpolitische Zeitung vorziehen würde, wenn er die Wahl hätte, was heute nur selten zutreffen wird. Hier ist übrigens kein absichtlicher oder unabsichtlicher lapsus unterlaufen, indem man die Parteizeitung politisch und die überparteiliche unpolitisch nannte. Denn darauf läuft es schließlich hinaus.

Die Zeitung, die jede parteimäßige Festlegung ihrer Grundhaltung vermeidet, kann sicher ein gutes Informationsblatt sein, vor allem außenpolitisch. In der Innen- und Lokal-Politik wird sie schon sehr zurückhaltend sein müssen, weil sie "reunde in allen Lagern hat und deshalb jedes Anecken peinlich zu vermeiden suchen wird. Aber es wäre eine Selbsttäuschung der betreffenden Zeitung wie ihrer Leser, wenn sie glaubten, sie kämen sozusagen mit Nachrichten aus, ohne sie von einem eigenen Standpunkt aus interpretieren zu müssen. Wo aber diese für jede ernst zu nehmende Zeitung unentbehrliche Funktion einsetzt, wird die Objektivität, die sogenannte Überparteilichkeit automatisch aufgegeben und ad absurdum geführt. Wo andererseits der Kommentar unterbleibt, kann man sicher sein, daß die gute Hälfte der Nachrichten ohne Zusammenhang gesehen wird, also im Grunde unverständlich bleibt.

Das einzig Mögliche ist, die an sich unverzichtbare Subjektivität jeder Zeitungsbearbeitung auf ein vernünftiges, vertretbares Maß zu reduzieren, indem man auf Entstellungen und grobe Unterlassungen in der Berichterstattung über solche Vorgänge oder Entwicklungen verzichtet, die einem nicht angenehm sind; - indem man sich in den Artikeln und Kommentaren mit dem Gegner fair auseinandersetzt, d.h. in einer Weise, die auch

seine Argumente zu Worte kommen läßt. Ein guter Maßstab hierfür ist die Parlamentsberichterstattung, die, soll sie gut sein, den Standpunkt der eigenen Partei kräftig unterstreichen kann und soll und doch so gehalten sein muß, daß der Leser auch alles Wesentliche der Beweisführung des Gegners, unentstellt, wenn auch gekürzt, erfährt. Das ist schwierig, müßte aber ständig das Ziel sein. Daß es heute noch seltenerreicht wird, sollte nur ein Anlaß zu doppelter Anstrengung sein, doch einmal dorthin zu kommen.

Dann aber wird sich diese Form der Zeitungen, politisch gesehen, unter jedem Aspekt als die wertvollere erweisen, weil die andere nicht, wie man fälschlicherweise glaubt oder doch behauptet, zur Objektivität, sondern nur zur Grundsatzlosigkeit führt. Wahrscheinlich wird das große Geschäft bei ihr liegen, ebenso auch die große politische Gefahr und niemals die große politische Leistung. Denn es ist ein Widersinn, auf der einen Seite zur Demokratie, d.h. zu der Fähigkeit erziehen zu wollen, ein selbständiges Urteil abzugeben, sich zwischen mehreren Möglichkeiten zu entscheiden und auf der anderen Seite dafür ein Mittel einzusetzen, das selbst mit Vorbedacht jede klare Stellungnahme, jedes pro und contra vermeidet. Bei alledem ist die Voraussetzung, die heute nur unzureichend erfüllt ist, die, daß die Parteipresse bei aller Ausprägung ihres Standpunktes loyal und fair bleibt. Auch beim Individuum schätzt man das eigenwillige charakterliche Profil mehr als das unklar-verschwommene Bild des Allerweltsfreundes - vorausgesetzt freilich, daß die ausgeprägte Persönlichkeit den anderen neben sich gelten läßt und ebenbürtig behandelt.

Nun wäre es aber sicher falsch, auf das zuletzt doch unerreichbare Ziel hinzuarbeiten, die nicht parteigebundene Presse einfach auszuschalten. Sie hat ihre Daseinsberechtigung schon in der Vorliebe so vieler Menschen für sie. Es gibt Blätter dieses Typs, die mit Ernst und hohem Verantwortungsbewußtsein - mit höherem bisweilen wohl als manche verbohnte Parteizeitung - ihre publizistische Aufgabe erfüllt, die sie sich gesetzt hat: zu unterrichten, zu unterhalten und niemandem zu nahe zu treten. Aber man sollte nicht in den Fehler verfallen, solche Zeitungen nur deshalb für besonders wertvoll und empfehlenswert zu halten, weil sie die geistige Auseinandersetzung vermeiden und sich in das neutrale und bequeme Gelände ruhvoller Betrachtung zurückziehen.

Die besondere Gefahr liegt heute außerdem darin, daß die Leute von Gestern, die sich beileibe nicht festlegen wollen, und die sich durch Wendigkeit auszeichnen, auf diesem Terrain ihre besondere Chance sehen. Die Entwicklung in der italienischen Presse, in der der Neofaschismus in den Nichtparteiblättern heute schon wieder festen Fuß gefaßt hat, ist ein warnendes Beispiel. Die zweifellos auch in Deutschland weit verbreitete Unlust, mit den Parteien in nähere Berührung zu kommen und sei es auch nur durch die regelmäßige Lektüre einer Parteizeitung, sollte durch die Qualität und den sauberen Ton der Parteizeitung überwunden werden.

Veränderte Situation - aber keine Lösung

Die auf der Washingtoner Konferenz getroffenen Vereinbarungen über die zukünftige Verwaltung des Kohlenbergbaus verändern die Situation grundsätzlich insofern, als das ursprünglich rein englische Kontrollorgan auf Villa Hügel ersetzt wird durch eine britisch-amerikanische Kontrollgruppe. Ob das neue deutsche Kohlenverwaltungsamt größere Zuständigkeiten bekommt, ist noch nicht sicher. Sicher ist nur, daß es die Verantwortung für die Kohlenproduktion trägt, ohne offenbar einen unmittelbaren Einfluß auf die Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Steigerung der Arbeitsleistung zu haben, wofür neben notwendigen betrieblichen Erneuerungen in erster Linie die Sicherstellung der Ernährung und der gesamten Lebenshaltung an Rhein und Ruhr infrage kommt.

In den entscheidenden Punkten der Eigentumsverhältnisse gibt die Vereinbarung keine Klarheit, da sie ausdrücklich von der Neuordnung nicht betroffen werden. Für den Ruhrkumpel aber gerade ist die Frage von allergrößter Bedeutung. Er will wissen, wofür er arbeitet und wem seine Mehrleistungen zugute kommen. Er will die Sicherheit haben, daß die Kohlenwirtschaft dem deutschen Volke gehört, und er will wissen, daß die soziale Besserstellung und gerechte Ordnung der Lohn seiner Arbeit sind.

So ist das Abkommen im wesentlichen keine Lösung für die Wirtschaft an Rhein und Ruhr. Es fehlt die notwendige Konsequenz, daß endgültig deutsche Treuhänder zur Überleitung der Kohlenwirtschaft in Gemeineigentum eingesetzt werden. Bevor diese Dinge nicht geklärt sind, wird der Ruhrkumpel diesen Neuordnungen mit größter Skepsis gegenüberstehen.

(the/sn/129/1/s)

Für einen bizonalen Flüchtlingsrat

Der Flüchtlingsbeirat beim Parteivorstand der SPD hat sich in einer Sitzung am 12. September nachdrücklich für die möglichst schnelle Schaffung eines bizonalen Flüchtlingsrates eingesetzt, der eine Art politisches Gegenstück zu der bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlingsverwaltungen der deutschen Länder darstellen soll. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich ausschließlich mit Verwaltungsangelegenheiten zu befassen. Es wurde ein vorbereitender Ausschuß gebildet, der das neue bizonale Flüchtlingsgremium der Partei so schnell wie möglich ins Leben rufen soll. Diese Körperschaft soll sich aus vier Vertretern der Länder in der britischen Zone, aus zwei Ländervertretern der amerikanischen Zone und aus zwei Flüchtlingsvertretern zusammensetzen, sämtlich Mitgliedern der SPD.

(t/B1/129/1/s)

Sozialistische Publizistik in Frankreich
Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Das französische Pressewesen läßt sich kaum mit dem deutschen vergleichen. Die französischen Zeitungen dienen weniger der politischen Meinungsbildung als der mehr oder weniger sensationellen Unterhaltung und Zerstreuung der Leser. Ernste, streng sachliche Zeitungen haben nur sehr geringe Erfolgsaussichten. Das Publikum wünscht Sensationen, Skandale, große Überschriften. Selbst die Parteiforgane müssen dieser Geschmacksrichtung entgegenkommen, wenn sie nicht jeden Einfluß auf die politisch uninteressierten Kreise - und sie sind sehr zahlreich - verlieren wollen.

Sensationen sind meistens kostspieliger als ernste Berichte. Eine Zeitung, die Erfolg haben will, muß sich einen großen Stab von Redakteuren, Reportern, Fotografen und Karikaturisten leisten können. Redaktionen mit 80 ständigen Mitarbeitern sind in Paris nicht selten, ohne Zeichner, Reporter usw. Die verhältnismäßig hohen Redaktionskosten, verbunden mit sehr geringen Inserateerträgen verursachen den meisten Zeitungen erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die Konkurrenz in der Presse ist zudem derartig stark, besonders in Paris, daß die Auflagesziffern meistens recht niedrig sind. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Vertriebskosten über 40 % des Verkaufspreises verschlingen. Man nimmt im allgemeinen an, daß ein Unternehmen erst bei einer Auflage von über 150 000 täglich mit Gewinn rechnen kann.

Eine weitere Eigenart der französischen Presse ist die unbestrittene Vorherrschaft von Paris. Die Provinzblätter haben nur eine rein lokale Bedeutung und können aufgrund ihres Inhaltes kaum eine größere Bedeutung beanspruchen. Das Monopol von Paris hat sich seit dem letzten Kriege noch verschärft, denn bis 1939 besaßen wenigstens einige Provinzzeitungen, wie z.B. die "Depeche de Toulouse", ein im nationalen und teilweise sogar internationalen Rahmen anerkanntes Niveau.

Diese allgemeinen Verhältnisse bedingen die Möglichkeiten der sozialistischen Presse in Frankreich. Das offizielle Parteiorgan ist der "Populaire" mit einer Auflage von rund 150 000. Redaktion und Verwaltung des Blattes werden auf sämtlichen Parteitagen einer harten Kritik unterzogen. Der stellvertretende Direktor - Robert Verdier - hat zuletzt darauf hingewiesen, daß das Parteiorgan nicht über die anderen Zeitungen zur Verfügung stehenden Mittel verfüge und daß die Redaktion im übrigen darum bemüht sein müsse, einen Ausgleich zwischen rein politischen Beiträgen und dem von der Leserschaft gewünschten Unterhaltungsteil mit Sensationen und Skandalen zu finden. Anders könne die Zeitung sich wirtschaftlich nicht halten. Für französische Begriffe ist diese Synthese ganz gut gelungen. Es wird allgemein anerkannt, daß in den letzten Jahren in dem Gesamtbild der Zeitung erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind, wenn sich auch nichts an der Tatsache ändern läßt, daß das französische Publikum meistens ausgesprochenen Parteizeitungen ablehnend gegenübersteht.

In der Provinz verfügt die Partei über einige sozialistische Tageszeitungen, wie z.B. in Limoges. Über oft bemühen sich selbst rein sozialistisch zusammengesetzte Redaktionen, den Parteicharakter eines

Blattes nicht allzu deutlich hervortreten zu lassen. Dies ist z.B. bei einer Lyonsr Wochenzeitung der Fall. Dagegen erscheint regelmäßig in sämtlichen Departments und in mehreren Pariser Vorortbezirken ein wöchentliches Mitteilungsblatt der Partei in journalistischer Aufmachung. Meistens wird es jedoch nur von Parteimitgliedern und Sympathisierenden gelesen.

Die großen Pariser Wochenzeitungen vermeiden es, sich parteimäßig eindeutig festzulegen. Sie sind daher nur das offiziöse Sprachrohr einer politischen Tendenz. Den Sozialisten steht hierfür die Zeitschrift "Cavroche" zur Verfügung, eine Veröffentlichung, die jedoch einen mehr literarischen als politischen Charakter hat.

Die Partei besitzt schließlich als Sprachrohr drei Monatszeitschriften, d.h. die von Léon Blum herausgegebene ebenso wertvolle wie interessante "Revue Socialiste", ferner die dem linken Flügel der Partei nahestehende "Pensée Socialiste", die versucht, für das Gedankengut des klassischen, revolutionären Marxismus zu werben und schließlich die weniger bekannte "Masses", die von einer kleinen Gruppe betont internationalistisch eingestellter Sozialisten herausgegeben wird.

Der Rundfunk steht der Partei nur in beschränktem Maße für Propagandazwecke offen. Da es sich um eine staatliche Einrichtung handelt, muß natürlich auf strenge Überparteilichkeit Wert gelegt werden. In Wahlperioden wird jedoch den Parteien abwechselnd für ihre Propaganda täglich das Mikrophon während weniger Minuten überlassen. Längere, politische Rundfunkprogramme entsprechen nicht dem Geschmack der Hörer. Außerdem finden regelmäßig in den Abendstunden über die Pariser Sender freie politische Aussprachen statt, an denen entweder die politischen Redakteure der Zeitungen oder Vertreter der Parteien teilnehmen. Der propagandistische Wert dieser Diskussionen ist natürlich ziemlich bescheiden.

Neben der Presse muß sich daher die sozialistische Partei hauptsächlich der öffentlichen Versammlungen, der Plakate und der Flugblätter bedienen, um die Wähler in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Schweizer und deutsche SP

Auf dem kürzlichen Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie in Basel, der in erster Linie der Vorbereitung der Landeswahlen galt, wurden auch die Probleme Deutschlands von vielen Teilnehmern in lebhaften Diskussionen berührt. Ausnahmslos geschah dies nach einem Bericht, der uns aus Basel zugeht, in einer Weise, die das starke Interesse der Schweizer Sozialdemokratie und wohl auch der Schweizer überhaupt an einer baldigen Besserung der Verhältnisse im Nachbarland erkennen ließ. So war in den Kreisen der Schweizer Sozialdemokratie vielfach Kritik daran geübt worden, daß auf der letzten Tagung der Sozialdemokratischen Internationale in Zürich dank der Stimmhaltung der Schweizer Delegierten die sofortige Wiederaufnahme der deutschen Sozialdemokraten in die Internationale nicht beschlossen wurde. Die damaligen Schweizer Delegierten, der Parteivorsitzende Dr. Hans Oprecht und sein Kollege in der Parteileitung, der Schaffhausener Stadtpräsident Walter Bringolf, nahmen Veranlassung, dieser Kritik mit dem klaren Hinweis entgegenzu-

treten, daß die damalige Stimmenthaltung aus taktischen Gründen und im Hinblick auf die Haltung bestimmter ausländischer Delegationen erfolgt sei und lediglich eine aufschiebende Wirkung haben sollen. An einer Einbeziehung der deutschen Sozialdemokratie in die Internationale in der allernächsten Zukunft oder jedenfalls an einer Befürwortung dieser Entwicklung durch die Schweizer Sozialdemokraten ließen die beiden führenden Persönlichkeiten und andere Redner des Parteitagess keinen Zweifel.

- 22 -

Vertrauensvotum für Labour

Als ein neues Vertrauensvotum für die englische Labour-Regierung ist das Ergebnis der Ersatzwahl für den verstorbenen Labour-Abgeordneten Dr. R. Clitherow im Wahlkreis Edge Hill bei Liverpool zu werten, die am 11. September stattfand. Die Wahl war unso bedeutend und beachtenswerter, als sie die erste nach dem Ausbruch der "Dollarkrise" in England bildete und damit einen Maßstab für die derzeitige politische Einstellung der englischen Bevölkerung abgab. Nicht weniger als fünf Kandidaten traten als Bewerber um den Sitz im Unterhaus auf und von allen Seiten wurde der Wahlkampf mit größter Erbitterung und unter dem Aufgebot aller erdenklichen Mittel geführt. Die Konservativen vor allem hatten keine Opfer gescheut, um bei der Wahl in Edge Hill erstmals das Pendel wieder nach rechts ausschlagen zu lassen. Sie konnten auch gegenüber der Wahl von 1945 ihre Stimmzahl um rund 1800 vermehren, aber Sieger blieb der Labour-Kandidat A. J. Irvine, der 10 872 Stimmen auf sich vereinigte und damit den konservativen Kandidaten J. R. Bevins mit 1953 Stimmen schlug. Sir Hubert Young von den Liberalen erhielt 910, D. Gibson von der Unabhängigen Labour-Party 154 und der Unabhängige G. Foster 48 Stimmen. Die Wahrheit der englischen Wählerschaft hält also nach wie vor fest zur Politik der Labour Party und hat sich auch durch die schweren Krisenerscheinungen, die England in den letzten Wochen heimgesucht haben, in ihrem Glauben nicht erschüttern lassen, daß nur ein sozialistisches England den Weg zum Wohlstand zurückfinden wird.

(b/B65/129/1/hs)

Abbau der CCG um die Hälfte?

Nach einer Meldung von "New Statesman and Nation" soll das Personal der Control Commission for Germany, das bisher rund 20 000 Mann beträgt, um die Hälfte verringert werden. "Abgesehen von der erhöhten Wirksamkeit, die mit der Kürzung dieser phantastischsten aller Bürokratien verbunden wäre", so schreibt das Blatt, "würde sie auch eine sehr erhebliche finanzielle Einsparung bedeuten".

(b/B65/129/1/hs)

Skandinavischer Wirtschaftszusammenschluß?

Bericht unseres Korrespondenten in Schweden

K.K. Stockholm

Vor einiger Zeit wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, die darauf schließen ließ, daß die skandinavischen Länder Gegner einer europäischen Zollunion seien, zum mindesten im gegenwärtigen Zeitpunkt. Das Problem sollte erst von den einzelnen Regierungen studiert werden

oder von Ländergruppen oder von den Vereinten Nationen und solle dann aufs Neue behandelt werden. Das Forum, vor dem dieser Standpunkt verkündet wurde, war die Kommission, die in Paris den Marshall-Plan zu beraten hatte. Die skandinavische Einigkeit war in diesem Falle nicht sehr überzeugend, denn Dänemark behielt sich das Recht vor, sich an einer europäischen, will sagen westeuropäischen, Zollunion auch dann zu beteiligen, wenn die anderen skandinavischen Länder von ihr Abstand nähmen. Die Wirtschaft Dänemarks ist in weitaus höherem Maße mit jener Westeuropas verknüpft als jene Schwedens und Norwegens.

Ist die kühle Stellungnahme der skandinavischen Länder gegenüber einer europäischen Zollunion auf rein wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen? Keineswegs. Wir glauben, annehmen zu können, daß politische Gesichtspunkte Priorität haben. Die schwedische Außenpolitik hat unter Osten Undéns Leitung das Lavieren zwischen Ost und West gewählt. Die Furcht vor dem großen Nachbarn im Osten ist groß und sein Stimmrunzeln häufig. Ina bei guter Laune zu halten, ist nach Ansicht der offiziellen schwedischen Außenpolitik sehr erstrebenswert. Der Anschluß an eine westeuropäische Zollunion in Ausführung des Marshall-planes wäre jedoch eine eindeutige politische Stellungnahme Skandinaviens. Das ist die Erklärung für die Verzögerungstaktik, die von den skandinavischen Vertretern, allen voran von den schwedischen, eingeschlagen wurde. Diese Haltung entspricht genau den letzteren außenpolitischen Erklärungen des schwedischen Außenministers Undén.

Heutzutage kann man jedoch nicht nur mit Verzögerungen und Negativen Politik machen, sondern muß sich um positive Dinge bemühen. Das gilt auch von Skandinavien mit seiner politisch reifen und zielbewußten Bevölkerung. So wurde denn kürzlich auf der Tagung der skandinavischen Außenminister in Kopenhagen der Gedanke einer skandinavischen Zollunion zur Diskussion gestellt. Eine solche Zollunion könnte jene ökonomische Zusammenarbeit der skandinavischen Länder schaffen helfen, die in Paris als erstrebenswerte Teillösung hingestellt wurde. Ob sie eine nennenswerte Hilfe für die Durchführung des Marshall-Planes wäre, ist umso mehr die Frage, als es sich bei der Erklärung der skandinavischen Außenminister um sehr vage Formulierungen handelt, deren politische Auswirkungen erst abgewartet werden müssen. Der Sowjetunion ist jegliche skandinavische Zusammenarbeit ein Dorn im Auge und man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß die wirkliche Aktualisierung des Problems eine sehr saure russische Reaktion hervorrufen wird. Man wird kaum erwarten dürfen, aus allen skandinavischen Hauptstädten ein energisches Trotzden! zu hören. Es versteht sich von selbst, daß eine skandinavische Zollunion gegen keinen Teil der übrigen Welt gerichtet wäre. Diese Selbstverständlichkeit ist wohl keine Beuhigung für die außerordentlich empfindsamen Herren in Moskau.

"Nordisches Manifest"

Ein Beispiel sozialistischer Zusammenarbeit

- n Oslo (Eilbericht)

Ende August tagte in Oslo in Verbindung mit dem Sechzigjahrsjubiläum der Norwegischen Arbeiterpartei ein skandinavischer Arbeiterkongreß, der mit der Annahme eines "Nordischen Manifestes" schloß und als

eine erfreuliche Etappe jener wirklichen und praktischen Zusammenarbeit zu werten ist, die sich zwischen den skandinavischen Arbeiterparteien schon vor Jahrzehnten angebahnt hat. Dieser Skandinavismus ist nicht in gleichem Maße wie jener der Regierungen beschwert von diplomatischer Vorsicht und Rücksichtnahme, obwohl sich die großgewordenen Arbeiterparteien nunmehr in ihren Deklarationen größere Vorsicht auferlegen als zu jener Zeit, da sie noch nicht die Verantwortung für die Staatspolitik zu tragen hatten.

An der skandinavischen Arbeiterkonferenz in Oslo nahmen mehr als 200 Delegierte teil, darunter auch die Gesandten der finnischen sozialdemokratischen Bewegung. Der Kongreß nahm Stellung zu den brennendsten Problemen des politischen und ökonomischen Geschehens und zu den Grundsätzen des demokratischen Zusammenlebens der Völker und Menschen. In eindringlichen Worten erinnert das Manifest an die fast vergessene Atlantik-Deklaration und stellt fest, daß die Völker noch sehr weit von dem Zustand entfernt sind, der als Freiheit von Furcht und Not umschrieben wurde. Demokratie, wie Sozialisten sie verstehen, ist Gedankenfreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit der Rede und Schrift, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, Rechtssicherheit und also Schutz des Menschen gegen Willkür und Terror, Recht zu freier Kritik und öffentliche Kontrolle der Staatsmacht, Wahl der Volksvertreter in freier und geheimer Wahl, das demokratisch geformte Gesetz als Grundlage des staatsbürgerlichen Lebens.

Die skandinavische Arbeiterbewegung ist reformistisch: "Das Ziel der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik ist eine solche gradweise Veränderung der ökonomischen Verhältnisse, die allen eine menschenwürdige Existenz sichert und einen gerechtfertigten Anteil am Produktionsergebnis", sagt das Manifest. Selbstverständlich bekennt sich das Manifest zu den Grundlagen der modernen Sozialpolitik.

Die skandinavischen Sozialisten sind sich darüber klar, daß der Wiederaufbau Europas nicht ohne die Rettung und Mitwirkung der besiegten Völker geschehen kann: "Die nordische Arbeiterbewegung sieht in der umfassenden internationalen Zusammenarbeit, die sich gegen Kriegstendenzen und die Eroberungslust aggressiver Mächte wendet, eine wirkliche Garantie für den Weltfrieden, der die Sehnsucht aller Völker ist. Zu dieser internationalen Zusammenarbeit mögen die besiegten Nationen mit gleichen Rechten herangezogen werden. Die demokratischen Kräfte dieser Länder sollen Unterstützung und Hilfe in ihrer harten Aufbauarbeit begegnen, sowohl mit Rücksicht auf die Bevölkerung der kriegsvorherrschenden Länder als auch im Hinblick auf eine zukünftige vertrauensvolle und gesunde demokratische Entwicklung in der Welt".

Für die wirkliche Wiederbelebung der sozialistischen Internationale scheint eine solche regionale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien, wie sie in Skandinavien erfolgt, ein wesentlicher und wirksamer Beitrag zu sein.

Neue Reinigungsmaßnahmen

In Warschau sind aus der kommunistischen Partei dreitausend Mitglieder ausgeschlossen worden, bzw. wurde ihnen die Parteimitgliedskarte für längere Zeit abgenommen. Eine ähnliche Aktion wird im ganzen Lande durchgeführt. Auch die "Falsche EPS" (es ist das Konkurrenzunter-

spd/II/74

- 8 -

12. September 1947

nehmen der "achten PPS" - also der alten polnischen Sozialdemokratischen Partei) unterliegt einer ähnlichen Reinigungsaktion. Nach den neuen Parteidirektiven darf kein Parteimitglied in seinem Betrieb fremde Arbeitskräfte, (ausser den eigenen Familienmitgliedern) beschäftigen. Ausgenommen sind nur Schneider-, Schuster- und Handwerkerkleinbetriebe. Ein Geschäft zu besitzen, ist der Parteidoktrin nicht würdig - so heisst es.

(rst)

Kommunistischer Aufmarsch in der englischen Zone

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in London)

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat vor kurzer Zeit ihren im Auslande, insbesondere in England lebenden Parteimitgliedern den Befehl erteilt, umgehend nach Deutschland und wenn nur irgendwie möglich in die englische Zone zurückzugehen. Die Kommunistische Internationale Zentrale erwartet in den kommenden Monaten eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und hofft, aus der Verzweiflungssituation der Einwohner der englischen Zone ihren politischen Nutzen ziehen zu können. Ein grosser Teil der jetzt Zurückkehrenden sind alte, geschulte Funktionäre, die auch in der illegalen Arbeit erfahren sind und von denen ein Teil ihre Schulung noch auf der Kominternschule in Moskau erhalten haben.

Eine Auswirkung dieser Massnahme ist u.a., dass der Heinrich Heine Klub (früher Freier Deutscher Kulturbund - Free German League of Culture) in Hampstead im laufenden Monat sich auflösen wird.

Der "Freie Deutsche Kulturbund" war eine der vielen getarnten kommunistischen Gründungen in England, dessen Mitglieder zum grossen Teil von Beginn des Krieges bis zum Einmarsch Hitlers in Russland an der kommunistischen defätistischen Propaganda und Sabotage der Widerstandskräfte Englands teilnahmen. Sein kommunistischer Charakter wurde von den Behörden sowohl als auch von Labour Kreisen wiederholt festgestellt und der TUC (Trade Union Congress) veröffentlichte eine offizielle Warnung der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihn und andere getarnte deutsche Verbände (Austrian Centre etc).

Der jetzige Vorsitzende des umgetauften "Kulturbundes", des "Heinrich Heine-Klubs", Herr Lode, beteiligte sich an der demokratischen Umarmung der Kriegsgefangenen vor wenigen Wochen noch in der Weise, dass er erklärte, dass die "plutokratischen Mächte" England und Amerika bei ihrem Widerstand gegen den russischen Totalitätsanspruch in Deutschland und anderswo nur "blufften" und nie stark genug sein würden, um je wirklichen Widerstand zu leisten. "Sollten sie es eines Tages aber doch tun", so erklärte er, "so haben wir unsere fünfte Kolonne bereits überall fest eingebaut und der Spass würde nicht lange dauern."

Verantwortlich: Peter R a u n a u